

N i e d e r s c h r i f t

über die 15. Sitzung des Rates der Gemeinde Wadersloh im Ratssaal des Rathauses Wadersloh
am 19.12.2016

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 20:14 Uhr

Anwesend:

a) vom Gremium:

Vorsitzender:

BM Thegelkamp, Christian

Mitglieder:

RM Austermann, Udo

RM Böcker-Riese, Hannelie

RM Borghoff, Norbert

RM Braun, Stefan

RM Brune, Walter

RM Claßen, Anne

RM Eilhard-Adams, Maria

RM Fleiter, Ferdinand

RM Goß, Andrea

RM Gövert, Thorsten

RM Gregor, Jens

RM Grothues, Klaus

RM Keitlinghaus, Dr. Ulrike

RM Künneke, Magnus

RM Luster-Haggeney, Rudolf

RM Marx, Bernd-Dieter

RM Meerbecker, Lucia

RM Rühl, Jürgen

RM Sadlau, Verena

RM Schlieper, Konrad

ab 17:56 Uhr, P. 16

RM Scholz, Gerhard

RM Schulze-Dasbeck, Swen

bis 18:25 Uhr, P. 17

RM Smyczek, Jan

RM Smyczek, Olaf

RM Teckentrup, Heino

RM Töcker, Frank

RM Weinekötter, Wilhelm-Josef

RM Wessler, Andreas
RM Wickenkamp, Alfons
RM Winkelhorst, Rudolf

b) von der Verwaltung:

Herr Morfeld, Norbert
Herr Ahlke, Elmar
Herr Wehmeyer, Mathias
Frau Haske, Ute
Herr Sunder, Roman
Herr Wysocki, Adam
Frau König, Angelika

Es fehlten entschuldigt:

RM Gappa, Markus
RM Laukötter, Matthias

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung
4. Kurzbericht der Verwaltung
5. AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf
- Projekt Klärschlamm-trocknung UA 09/16, P. 5
HA 13/16, P. 4
6. Bezuschussung des evangelischen Kindergartens "Pustebblume" FSA 12/16, P. 6
HA 13/16, P. 5
7. Initiative für mehr Mietwohnungsbau - Aufstellung einer Abrundungs-
satzung für das Grundstück Bentelerstraße / Krummer Weg
Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss BPA 16/16, P. 4
HA 13/16, P. 6
8. Antrag der CDU-Fraktion auf Sanierungsplanung für die Straße
Im Klostergarten BPA 16/16, P. 9
HA 13/16, P. 7
9. Antrag der CDU-Fraktion auf Bildung eines Haushaltsansatzes
für den Haushalt 2017
Sanierung des Fußweges von der Breslauer Straße zur Eichsfeldstraße BPA 16/16, P. 10
HA 13/16, P. 8
10. Antrag des Musikvereins Diestedde e.V. HA 13/16, P. 9
11. Antrag des Sportvereins Liesborn
auf Errichtung einer Beregnungsanlage für den Rasenplatz SKA 12/16, P. 6
HA 13/16, P. 11
12. Antrag des Zucht-, Reit- und Fahrvereins St. Georg Wadersloh
auf Gewährung eines Zuschusses für die Sanierung
des Trainingsaußenplatzes SKA 12/16, P. 7
HA 13/16, P. 12
13. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG
für straßenbauliche Maßnahmen in der Gemeinde Wadersloh HA 13/16, P. 13
14. Bildung und Besetzung eines Wahlausschusses HA 13/16, P. 15
15. IKEK - Integriertes Kommunales Entwicklungskonzept
16. Anpassung der Satzung des Sparkassenzweckverbandes HA 13/16, P. 21
17. Beteiligung an der Schmiesbach Wind GmbH & Co. KG HA 13/16, P. 20
18. Beratungen des Entwurfs der Haushaltssatzung 2017 mit den Anlagen HA 13/16, P. 16
 - 18.1. Haushaltssatzung 2017
 - 18.2. Stellenplan
19. Anfragen der Ratsmitglieder

- 20. Berichte der Ausschüsse
- 20.1. Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaft Nr. 9 am 07.11.2016
- 20.2. Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales Nr. 12 am 10.11.2016
- 20.3. Bau-, Planungs- und Strukturausschuss Nr. 16 am 15.11.2016
- 20.4. Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Nr. 12 am 21.11.2016
- 20.5. Hauptausschuss Nr. 13 am 05.12.2016

- 21. Verschiedenes
- 21.1. Sparkassen-Münsterland-Giro
- 21.2. Verschuldungspositionen
- 21.3. Dank

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Zur Sitzung des Rates war unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. Der Bürgermeister begrüßte die vorstehend Genannten, die interessierten Zuhörer sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

BM Thegelkamp gratulierte im Namen des Rates und der Verwaltung den nachfolgend genannten Ratsmitgliedern nachträglich zu deren Geburtstagen, die diese in den Monaten November bis Dezember des Jahres 2016 feiern konnten.

Norbert Borghoff
Rudolf Winkelhorst
Andrea Goß

2 Einwohnerfragestunde

Fragen wurden nicht gestellt.

3 Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung

Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen.

4 Kurzbericht der Verwaltung

Der vom Bürgermeister vorgetragene und nachstehend aufgeführte Kurzbericht der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

1. Änderungsvertrag über die Lieferung des Mittagessens an den gemeindlichen Schulen
-

Der Rat hat am 26.10.2016 der 1. Änderung des Vertrages über die Lieferung des Mittagessens an den gemeindlichen Schulen zugestimmt und die Verwaltung autorisiert, die Vertragsunterzeichnung zu veranlassen.

Der Caterer „INTEGRA Gesellschaft für Ausbildung und Arbeit behinderter Menschen mbH“ hat mit Schreiben vom 14.11.2016 den Vertrag unterschrieben zurückgeschickt.

2. Sachstand zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans

Im Kurzbericht des Rates am 26.10.2016 wurde über das breit angelegte Beteiligungsverfahren des Kreises Warendorf zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans berichtet. Die Verwaltung hat an den angebotenen Veranstaltungen (Expertenarbeitsgruppe und Bürgerveranstaltung) teilgenommen und Anregungen bzw. Verbesserungsvorschläge aus Sicht der Gemeinde Wadersloh geltend gemacht. Auf der Bürgerveranstaltung am 29.11.2016 in Beckum, zu der auch alle Ratsmitglieder per Email vom 17.11.2016 eingeladen waren, wurden vom beauftragten Planungsbüro plan:mobil einige Eckdaten vorgestellt.

Im Wesentlichen geht es bei der Fortschreibung um Fragen, wie beispielsweise: „Welcher Bus fährt wann und wo, wie oft und wie lange sind die Busse unterwegs, welche Qualität und Ausstattung sollen sie haben, wie sehen die Bus-Haltestellen aus oder welche Maßnahmen zur Barrierefreiheit können umgesetzt werden?“

Auch online ist die Bürgerbeteiligung am Nahverkehrsplan möglich. Auf der Seite www.bubim.de steht ein Fragebogen zur Beantwortung bereit.

3. Knotenpunkt B 58/K 14 Mauritz - Einbau Lichtsignalanlage

Der Landesbetrieb Straßenbau NRW hat mitgeteilt, dass zur Verbesserung der Verkehrssicherheit am Knotenpunkt B 58/K 14 „Mauritz“ eine Lichtsignalanlage errichtet wird. Die Baumaßnahme erfolgt in 2017.

5 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf - Projekt Klärschlamm-trocknung

Der Rat schloss sich der Empfehlung des UA und HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die Überlegungen der AWG, durch den Bau einer Klärschlamm-trocknungsanlage auf dem Betriebsgelände in Ennigerloh, den Städten und Gemeinden des Kreises Warendorf eine Kalkulations- und Entsorgungssicherheit für die Entsorgung von Klärschlamm zu gewährleisten und damit der prognostizierten Preisentwicklung auf dem Markt entgegenzuwirken, werden begrüßt. Die mit den Städten und Gemeinden des Kreises Warendorf geschlossene Vereinbarung aus dem Jahr 2000 über die Entsorgung des kommunalen Klärschlammes durch die AWG wird durch die zweite Anpassungsvereinbarung vertraglich ergänzt (siehe Anlage). Die neue Vertragslaufzeit endet frühestens zum 31.12.2029. Alle Kooperationspartner verzichten vorzeitig auf ihre Möglichkeit, den Vertrag zum 31.12.2019 oder zum 31.12.2024 kündigen zu können.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Der Entwurf der 2. Anpassungsvereinbarung zur Vereinbarung über die Entsorgung von Klärschlamm ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

6 Bezuschussung des evangelischen Kindergartens "Pusteblume"

Der Rat schloss sich der Empfehlung des FSA und HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Der Evangelischen Kirchengemeinde als Träger wird ein Sonderzuschuss in Höhe von jeweils 13.500 € in den nächsten zwei Haushaltsjahren zur Finanzierung der Kindertagesstätte „Pusteblume“ ausgezahlt. Sollte das Defizit der Kindertagesstätte tatsächlich nachweislich höher ausfallen, wird der Zuschuss auf bis zu 19.000 € erhöht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Haushaltsplänen 2017 und 2018 zu veranschlagen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Der Antrag vom 26.10.2016 ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

7 Initiative für mehr Mietwohnungsbau - Aufstellung einer Abrundungssatzung für das Grundstück Bentelerstraße / Krummer Weg Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss

Der Rat schloss sich der Empfehlung des BPA und HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die Ergänzungssatzung „Bentelerstraße“ der Gemeinde Wadersloh wird einschließlich der Begründung aufgestellt und offengelegt und ist gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zurzeit gültigen Fassung öffentlich auszulegen. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen. Gemäß § 13 Abs. 2 BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt nachrichtlich.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Die Lagepläne sind dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

8 Antrag der CDU-Fraktion auf Sanierungsplanung für die Straße Im Klostergarten

Der Rat schloss sich der Empfehlung des BPA und HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Für die Sanierungsplanung der Straße „Im Klostergarten“ wird im Haushaltsplan 2017 ein Betrag in Höhe von 500,00 € veranschlagt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

**9 Antrag der CDU-Fraktion auf Bildung eines Haushaltsansatzes für den Haushalt 2017
Sanierung des Fußweges von der Breslauer Straße zur Eichsfeldstraße**

Der Rat schloss sich der Empfehlung des BPA und HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die Kosten in Höhe von 3.000,00 € für die Herrichtung des in der Vorlage genannten Wegabschnittes werden in den Haushaltsplan 2017 aufgenommen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

10 Antrag des Musikvereins Diestedde e.V.

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die zusätzlichen Chorgemeinschaften des Musikvereins Diestedde e.V. werden nach Berücksichtigung der aktualisierten Mitgliederzahlen in das jährliche Zuschusssystem für musik- und kulturtreibende Vereine aufgenommen. Dem Musikverein Diestedde e.V. ist somit ein Zuschuss in Höhe von 850,00 € zu gewähren. Der Zuschuss ist an entsprechender Stelle im Haushalt 2017 zu veranschlagen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

11 Antrag des Sportvereins Liesborn auf Errichtung einer Beregnungsanlage für den Rasenplatz

RM Olaf Smyczek erklärte sich für befangen.

RM Teckentrup wies darauf hin, dass sich die FWG-Fraktion im SKA sowie im HA zu diesem Tagesordnungspunkt deutlich positioniert habe und gegen diesen Beschlussvorschlag stimmen werde.

Der Rat schloss sich mehrheitlich der Empfehlung des SKA und HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Für die Haushaltsplanung 2017 werden zur Umsetzung der Errichtung einer automatischen Beregnungsanlage für das Rasenspielfeld auf dem Sportplatz Liesborn 25.000 € sowie eine Barbeteiligung des Vereins Westfalen 21 Liesborn i. H. v. 6.250 € vorgesehen und entsprechend in den Haushalt 2017 eingestellt.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 24:05:00 (J:N:E) Stimmen.

RM Olaf Smyczek hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Der Antrag des S.V. „Westfalen 21“ Liesborn vom 30.08.2016 ist dieser Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

12 Antrag des Zucht-, Reit- und Fahrvereins St. Georg Wadersloh auf Gewährung eines Zuschusses für die Sanierung des Trainingsaußenplatzes

Der Rat schloss sich der Empfehlung des SKA und HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Dem Zucht-, Reit- und Fahrverein St. Georg Wadersloh wird für das Jahr 2017 ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von max. 10 % zur Sanierung des Trainingsaußenplatzes gewährt. Der Investitionskostenzuschuss in Höhe von 10.000 € ist in den Haushalt 2017 aufzunehmen und wird nach Vorlage prüfbarer Rechnungen ausgezahlt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Der Antrag des Zucht-, Reit und Fahrverein St. Georg Wadersloh vom 30.06.2016 ist dieser Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

13 Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Gemeinde Wadersloh

RM Luster-Haggeney teilte mit, dass die CDU-Fraktion der Befristung bis zum 31.12.2017 zustimmen werde. Sie sei der Ansicht, dass die Gemeinde Wadersloh in der Frage nach einem Wirtschaftswegeverband im nächsten Jahr einen Schritt weiter kommen müsse. Eventuell könne eine Gründungsversammlung einberufen werden, um so die Angelegenheit voranzubringen und eine Entscheidung der Landesregierung zu beschleunigen.

Er befürchte, so RM Teckentrup, dass der Geschwindigkeit der Gemeinde Wadersloh auf höherer Ebene nicht gefolgt werde.

RM Marx wies darauf hin, dass die Rechtssicherheit im Verfahren gewährleistet sein müsse. Er gehe davon aus, dass sich im kommenden Jahr einige Entwicklungen zu diesem Thema ergeben würden.

RM Weinekötter war der Ansicht, dass frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2017 (nach den Landtagswahlen) mit Informationen vom Land zu rechnen seien.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Wadersloh beschließt die aufgeführten Änderungen der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Gemeinde Wadersloh zum 01.01.2017, befristet bis 31.12.2017.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG ist dieser Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

14 Bildung und Besetzung eines Wahlausschusses

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Es wird ein Wahlausschuss mit 10 Beisitzern gebildet.

Der Ausschuss wird wie folgt besetzt:

RM Braun, Stefan	CDU
RM Gövert, Thorsten	CDU
RM Grothues, Klaus	CDU
RM Luster-Haggeney, Rudolf	CDU
RM Schulze-Dasbeck, Swen	CDU
RM Claßen, Anne	SPD
RM Smyczek, Jan	SPD
RM Borghoff, Norbert	FWG
RM Teckentrup, Heino	FWG
RM Weinekötter, Wilhelm-Josef	FDP

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Gemäß § 40 Abs. 2 Satz 6 GO stimmte der BM Thegelkamp nicht mit.

15 IKEK - Integriertes Kommunales Entwicklungskonzept

In der Ratssitzung am 26.10.2016 wurden die Ergebnisse der Erstellung des Integrierten Kommunalen Entwicklungskonzeptes vorgestellt.

Aus der Erarbeitung des Konzeptes sind über 60 Projektideen aus dem öffentlichen sowie dem privaten Bereich entstanden. Die Projektideen müssen nach einer Umsetzungsstrategie sogenannten Handlungsfeldern zugeordnet und in Leit- und Startprojekte aufgeteilt werden. Daraus ergeben sich wiederum einzelne Teilprojekte.

Leitprojekte sind strategisch wichtige Projekte in den Handlungsfeldern oder handlungsfeldübergreifend. Leitprojekte können aus verschiedenen Bausteinen (Teilprojekten) bestehen.

Ein Startprojekt ist ein konkret und schnell umsetzbares Teilprojekt eines Leitprojektes. Es gibt eine verantwortliche Person, die die Idee weiter verfolgt und das Projekt konkretisiert (z.B. Aussagen zur Finanzierung trifft, soweit notwendig und oder Aussagen zur Trägerschaft macht).

Die Anlage enthält einen Auszug aus dem 180-seitigen Konzept mit der Auflistung aller Projektideen.

Das fertige Konzept wurde zur Anerkennung am 15.11.2016 bei der Bezirksregierung eingereicht. Das Konzept ist mit der Einreichung bei der Bezirksregierung fertig gestellt. Die Projektliste kann jedoch jederzeit noch mit neuen Vorschlägen und Ideen erweitert werden. Nach Anerkennung des Konzeptes durch die Bezirksregierung können dort Förderanträge eingereicht werden. Eine Mitteilung oder Beratung erfolgt zuvor in den jeweilig zuständigen, politischen Gremien.

Auf der Internetseite der Gemeinde Wadersloh steht das IKEK als pdf-Datei als download der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Ein Druckexemplar wurde mit Versand der Tagesordnung den Fraktionsvorsitzenden für ihre Fraktion zur Verfügung gestellt.

BM Thegelkamp teilte mit, dass seitens der Bezirksregierung dem Förderantrag für die Umsetzung der Konzepterstellung entsprochen wurde und die beantragten Mittel in voller Höhe ausgezahlt worden seien. Im weiteren Vorgehen würden nun einzelne gemeindliche Projekte und dessen Umsetzung detailliert ausgearbeitet. Im Anschluss werde das jeweilige Projekt in dem zuständigen politischen Gremium vorgestellt.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Wadersloh nimmt das Integrierte Kommunale Entwicklungskonzept für die Gemeinde Wadersloh zur Kenntnis. Über die Umsetzung und Beratung von Projekten entscheiden die politischen Gremien der Gemeinde Wadersloh je nach Zuständigkeit.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Ein Auszug aus dem IKEK mit den Projektideen ist dieser Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.

16 Anpassung der Satzung des Sparkassenzweckverbandes

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Wadersloh stimmt den vorliegenden Satzungsänderungen des Sparkassenzweckverbandes zu und weist die Vertreter an, in diesem Sinne zu stimmen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Die Satzungsänderung ist dieser Niederschrift als Anlage 8 beigelegt.

17 Beteiligung an der Schmiesbach Wind GmbH & Co. KG

In den vergangenen Jahren hätten Politik und Verwaltung gemeinsam überlegt, wie die Erzeugung regenerativer Energien auf dem Gebiet der Gemeinde Wadersloh sinnvoll vorangebracht und gestaltet werden könnten, so BM Thegelkamp. Nach langer Beratung sollte dieses Thema nun zum Abschluss gebracht werden. Bereits am 05.07.2012 sei die Verwaltung beauftragt worden, im Rahmen der Gründung einer Gesellschaft dafür Sorge zu tragen, dass sich die Gemeinde Wadersloh mit maximal 24,99 % an der Eigenkapitalausstattung der zukünftigen Gesellschaft beteiligen könne. Von den ursprünglich 20 geplanten Anlagen mit einem Eigenkapital von rd. 6,5 Mio. € seien nun zwei Anlagen mit einer Eigenkapitalbeteiligung von rd. 500.000,00 € übrig geblieben, so BM Thegelkamp.

Die Beteiligung an der Schmiesbach Wind GmbH & Co.KG sei ausgiebig diskutiert worden, so RM Luster-Haggeney. Die CDU-Fraktion werde keine einheitliche Meinung zu diesem Thema präsentieren, und er erläuterte dies an einigen Pro- und Kontraargumenten. Er persönlich werde jedoch der Beteiligung zustimmen, so RM Luster-Haggeney.

Die FWG-Fraktion werde ebenfalls der Beteiligung zustimmen, so RM Winkelhorst, da die Errichtung von Windkraftanlagen ein Gewinn für die Umwelt sei und durch das Projekt Einnahmen für die Gemeinde generiert werden können. Eine prognostizierte Rendite von 7 % des Eigenkapitals sei positiv, so RM Winkelhorst. Selbst 5 % seien bei dem jetzigen Zinsniveau noch eine gute Rendite, betonte er.

In den vergangenen Jahren sei das Thema vielfach diskutiert worden, so RM Weinekötter. Er sehe in dem Projekt eine Alternative für den gemeindlichen Haushalt, um Einnahmen zu generieren. Daher werde die FDP-Fraktion der Beteiligung zustimmen.

RM Borghoff erkundigte sich, ob die ehemaligen Mitglieder der GbR die eingezahlten Gelder zurückerhalten würden. Herr Morfeld teilte mit, dass sich der Investor dazu verpflichtet sehe.

Sie sei grundsätzlich für erneuerbare Energien, so RM Dr. Keitlinghaus, frage sich jedoch, ob dies Aufgabe der Kommune sei, zumal dafür die Mittel am Kapitalmarkt zu beschaffen seien. Hinzu komme, dass sie persönlich nicht vom Projekt überzeugt sei. Die Rendite sei nicht hoch genug und es würden zu wenige Gelder generiert. Des Weiteren würde bereits durch die anstehenden Projekte, wie z. B. Netz-Kauf und Bau der Sekundarschule, die Neuverschuldung in die Höhe getrieben. Herr Morfeld führte aus, dass wirtschaftliche Investitionen in Energie durch die Gemeindeordnung privilegiert seien, da sie zur Daseinsvorsorge zählen würden. Ein Restrisiko könne nie ausgeschlossen werden, so Herr Morfeld, aber diesem Projekt würden relativ konservative Wirtschaftlichkeitsberechnungen zugrunde liegen. Des Weiteren wies er darauf hin, dass die Haftung der Gemeinde auf den gemeindlichen Teil beschränkt sei und ein Gesamtrisiko nur bestehe, wenn sich die Anlage grundsätzlich nicht drehen würde.

Die Gemeinde habe sich seinerzeit mit der Gründung eines Bürgerwindparks auseinandergesetzt, der in der Bevölkerung eine große Akzeptanz gefunden habe, so RM Marx. Nun seien nur noch zwei von den ursprünglich 20 geplanten Anlagen übrig geblieben, an denen sich nur noch die Gemeinde und nicht die Bürger direkt beteiligen können. Somit sei die Idee des Bürgerwindparks gestorben. Er frage sich, ob es Aufgabe der Kommune sei, kreditfinanziertes Geld aufzunehmen, um es in Windkraft zu investieren. Für die vielen Projekte, die nun anstünden, wie z. B. Rekommunalisierung der Stromnetze, Bau der Sekundarschule usw. müssten Kredite von über 10 Mio. € aufgenommen werden, was die Pro-Kopf-Verschuldung in die Höhe schnellen ließe. Seiner Ansicht nach sei es wichtiger, in nachhaltige Projekte, wie z. B. in die Sekundarschule zu investieren, nicht aber in eine Beteiligung am Schmiesbach. Dafür sei die zu erwartende Rendite zu dürftig. Des Weiteren sei es fraglich, ob es genügend Windaufkommen geben werde. Die SPD-Fraktion sein nicht bereit, dieses Risiko mitzutragen und stimme deswegen auch nicht zu.

Das Projekt Bürgerwindpark sei nicht „tot“, sondern nur kleiner geworden, führte Herr Morfeld aus. Mehr Bürgerbeteiligung könne man sich jedoch aus seiner Sicht gar nicht wünschen, als dass die Gemeinde bei diesem Projekt mitmache. Der Bürgerwindpark lebe, so wie er im Jahr 2012 angestoßen worden sei. Er habe sich eben nur verkleinert.

Über die Wirtschaftlichkeit müsse nicht mehr diskutiert werden, so RM Luster-Haggeney. Auf der Basis der vorgelegten Wirtschaftlichkeitsberechnungen hätten schließlich auch die Banken ihre Finanzierungszusage gegeben.

Er sei von der Wirtschaftlichkeitsberechnung überzeugt, so RM Künneke, werde jedoch auch gegen eine Beteiligung am Schmiesbach stimmen, da die Gemeinde genügend eigene Projekte, wie z. B. die Sekundarschule, den Rückkauf des Strom- und Gasnetzes und die Windkraftanlage am Zentralkläärwerk, habe.

Beschluss:

Die Gemeinde Wadersloh beteiligt sich an der Schmiesbach Wind GmbH & Co. KG mit einem Anteil von höchstens 24,99 % am Eigenkapital der Gesellschaft und stellt hierfür maximal 500.000,00 € zur Verfügung.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 19:10:02 (J:N:E) Stimmen.

18 Beratungen des Entwurfs der Haushaltssatzung 2017 mit den Anlagen

BM Thegelkamp fragte an, ob es zum Entwurf der Haushaltssatzung 2017 noch Anmerkungen gebe. Dies war nicht der Fall.

Die Vorsitzenden der im Rat vertretenen Fraktionen trugen ihre jeweiligen Stellungnahmen zu dem Entwurf der Haushaltssatzung 2017 vor (es gilt das gesprochene Wort).

Stellungnahme der CDU-Fraktion

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsmitglieder und Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Zuhörer!

Um es gleich vorweg zu nehmen, wir, die CDU-Fraktion, haben die Steuererhöhungsvorschläge des Bürgermeisters aus dem HH 2017 abgelehnt. Nicht, weil der Bürgermeister nicht gute Gründe für eine Erhöhung hat. Die finanzielle Schieflage, die durch eine nachhaltig ungerechte Verteilung der Landesmittel zur Erledigung der kommunalen Aufgaben verursacht wird, erkennen wir schon. Auch ist ganz deutlich, dass Politiker in Bund und Land sich feiern lassen für soziale Wohltaten, die in sich vielleicht schlüssig erscheinen, deren Auswirkungen aber in die kommunalen Haushalte durchschlagen oder über Umlagen an den Kreis und den LWL bezahlt werden müssen. Auch der Landesdirektor des LWL Thomas Löb, übrigens SPD, kritisiert dies heftig. Es hilft uns nicht über die hohen Umlagen direkt für den Kreis und mittelbar für den LWL zu lamentieren, wenn von oben z.B. ein Pflegestärkungsgesetz, ein Unterhaltsvorschussgesetz, Verbesserungen im Eingliederungsgesetz für Behinderte und v.a.m. beschlossen wird ohne die notwendigen Mittel dafür den Kommunen zu geben, die das letztlich umsetzen müssen. Wer mir da Parteipolitik vorwirft, dem sage ich, dass ich in meiner Kritik auch meine Parteikollegen im Bund nicht ausnehme, im Land haben das allerdings andere zu verantworten. U.a. auch, dass Bundesmittel für die Aufgaben der Flüchtlingshilfe, 10.000 Euro pro Flüchtling, die RotSchwarz in Berlin an die Länder gegeben hat, um die Kommunen zu entlasten, nur gut zur Hälfte ankommen. Das ist ein Skandal, das war so nicht vorgesehen, und das hat tatsächlich RotGrün in Düsseldorf zu verantworten. In allen anderen Bundesländern läuft das anders. Ich bin gespannt, ob die vom Kreis erwarteten 2 Millionen Bundesmittel für die Kosten der Flüchtlinge, die in Hartz IV Bedarfsgemeinschaften leben, umfänglich auch ankommen, um den Umlagesatz damit zu entlasten. Auch dieses Geld kann rechtlich vom Bund nur an die Länder gegeben werden und nicht direkt an die Kommunen. Im nächsten Jahr sind Landtagswahlen. Egal, wer die Mehrheit gewinnt und damit die Landesregierung stellt. Die kommunale Selbstverwaltung darf kein Lippenbekenntnis sein, sondern muss auch mit dem notwendigen Geld ausgestattet werden.

Hier erwarten wir, dass eine neue Landesregierung die Kommunen im ländlichen Raum nicht mehr benachteiligen und einen gerechteren Umlageschlüssel findet. Hier werden wir, die CDU-Fraktion in Wadersloh, auch bei den Kandidaten der CDU den Handlungsbedarf nachdrücklich einfordern.

Um die Steuererhöhung zu vermeiden, da hat uns allerdings auch die reduzierte Kreisumlage geholfen. Der Bürgermeister hat mit 39,5 % gerechnet, jetzt sind im Kreistag nur 38,8 % beschlossen worden. Das spart uns fast 100.000 Euro.

Darüber hinaus sind wir sehr streng durch den Haushaltsplan gegangen, um Einsparpotenziale zu finden, die naturgemäß auch wehtun. Wir werden aber nicht bei den Vereinen und Verbänden sparen. Diese Beträge, die uns in der Gänze bei Weitem keine schwarze Null bescheren würden, helfen den Ehrenamtlichen, unterstützen sie in einer sehr wichtigen Arbeit, insbesondere auch bei der Integration von Zugereisten und dienen letztlich der Attraktivität der gesamten Gemeinde. Deswegen unterstützen wir den Antrag des SV Liesborn eine Beregnungsanlage für den Rasenplatz zu installieren, insbesondere auch, weil der Sportverein sich mit 25 % der Kosten beteiligt. Ebenfalls stehen wir zu der 10-%-Förderung für den Reiterverein Wadersloh, der damit eine Investition von 100.000 Euro stemmt.

Da wir in den letzten Jahren schon immer intensiv geschaut haben, wo noch Sparmöglichkeiten sind, sahen wir in diesem Jahr nicht mehr viel Potenzial. In diesem Zusammenhang muss auch hingenommen werden, dass manche liebgewonnenen Standards vermutlich nicht mehr gehalten werden können.

Im Bereich der Bauunterhaltung streichen wir - ausgenommen sind die Investitionen für die Sekundarschule - pauschal 10 %, ca. 30.000 Euro. Hier überlassen wir es der Verwaltung, festzulegen in welchem Bereich das eingespart werden soll. Anstriche und neue Böden zum Beispiel müssen nicht zwingend im nächsten Jahr angesetzt werden. Der Aufwand hierfür wird in 2018 auch nicht höher.

Im Bereich der IT-Ausstattung müssen ebenfalls pauschal 20 % gespart werden, was 36.000 Euro ausmacht. Nicht jeder PC im Rathaus muss alles können, weil die meisten auch nur von Anwendern genutzt werden. U.a. über Laufzeit-verlängerungen der Hardware müssen Einsparungen erzielt werden. Hier wollen wir, dass die Verwaltung ein IT-Konzept erstellt. Wir wollen auch, dass die IT-Lenkungsgruppe wieder aktiv wird.

Da im Centraliapark noch Gewerbeflächen frei sind, wollen wir den großen Invest für die Kanäle und die Baustraßen für den 2. Bauabschnitt ins Jahr 2018 schieben. Die Pläne sollen in 2017 stehen, aber erst bei sich abzeichnendem Interesse von Investoren soll dann gebaut werden.

Auch prüfen wir, ob die Investition für das Lehrschwimmbecken um ein Jahr nach hinten verschoben werden kann, um Luft im Finanzhaushalt 2017 zu bekommen.

Trotz aller Sparbemühungen, wir denken für Wadersloh in die Zukunft. So stehen wir natürlich zur Sekundarschule. Der Bau ist ein finanzieller Kraftakt für uns, aber die Entscheidung ist richtig. Sie sorgt dafür, dass unsere Kinder in Wadersloh eine hoch attraktive Schule bekommen, an der sie jeden Schulabschluss erwerben können, das Abitur gibt es natürlich am Johanneum. Die Sekundarschule wird neben anderen ein Aushängeschild dafür sein, dass wir eine sehr familienfreundliche Gemeinde sind und bleiben. Dass gerade wir, die CDU, die Finanzen dabei im Blick haben, ist selbstverständlich. Leider ist das Projekt nur über Kredite zu finanzieren, was die Verschuldung der Gemeinde deutlich erhöht. Wir hoffen und setzen uns dafür ein, dass Einnahmen aus der Nachnutzung des Realschulcampus hier deutlich zur Finanzierung beitragen werden.

In Diestedde nehmen wir den 2. Bauabschnitt im Baugebiet West in Angriff, für Liesborn ist die Verwaltung beauftragt nach weiteren Möglichkeiten für Wohnbebauung zu suchen. Die Entscheidungen für die Baugebiete Kirchhusen und Lechtenweg waren goldrichtig, es sind viele von außerhalb in unsere Gemeinde gezogen. Dabei sind auch viele Familien mit Kindern, die sich hier den Traum vom Eigenheim erfüllt haben. Letztere übrigens auch, weil wir eine großzügige Familienförderung für jedes Kind gewähren, auch für die, die erst 5 Jahre später geboren werden. Dazu stehen wir, ein weiteres Indiz für eine familienfreundliche Gemeinde. Hier hilft natürlich auch, den Trägern und Tagesmüttern sei Dank, dass in der ganzen Gemeinde jeder, der einen Betreuungsplatz für sein Kind wünscht, diesen in einer Einrichtung oder in der Tagespflege auch bekommt.

Darüber hinaus behalten wir die Dorfkerne im Blick. Hier gilt es Wege zu finden, die Ortskerne zu verdichten, um Bauland im Außenbereich zu schonen. Auch um die Nachnutzung von Altimmobilien müssen wir uns weiter kümmern, um Leerstände in den Ortsteilen zu vermeiden. Bisher ist uns das ganz gut gelungen, wenn man insbesondere den Wadersloher Ortskern betrachtet. Hier bleiben wir dran.

Wie gesagt, wir denken in die Zukunft, deshalb haben wir die Wadersloher Wind GmbH gegründet, die am Klärwerk ein Windrad aufstellt, um damit Einnahmen für die Gemeinde zu erzielen. Hier war die Gründung der Bürgerstiftung ein Meilenstein. Die Stifter brachten das Kapital, die Gemeinde das Grundstück, das an die GmbH verpachtet wird. Der Stiftungszweck sichert den Vereinen damit unabhängig von der finanziellen Situation der Gemeinde Zuschüsse, die mit dazu beitragen, dass deren Angebot interessant und abwechslungsreich sowie für uns alle gewinnbringend bleibt.

Mit der Wadersloh Energie GmbH werden wir das Strom- und Gasnetz mit der RWE zusammen in einer Netz-GmbH betreiben und damit Einnahmen für den Gemeindehaushalt generieren. Hier hat die Gemeinde Wadersloh mit den Lippstädter Stadtwerken einen sehr kompetenten Partner an ihrer Seite, der eine solche Beteiligung in anderen Bereichen bereits zweimal erfolgreich durchgeführt hat.

Zum Thema Beteiligung am Schmiesbach haben wir sehr intensiv diskutiert. Hier ging es nicht um das Engagement des Investors, der fraglos mit viel Einsatz uns als Gemeinde ein attraktives Angebot gemacht hat. Sicher gab es auch Bedenken, insbesondere weil wir unser Engagement kreditfinanzieren müssen, so dass uns die Entscheidung nicht leicht gefallen ist. Dennoch haben wir uns mehrheitlich entschlossen, Beteiligung mitzugetragen, insbesondere weil das Projekt „Bürgerwindpark“, das wegen der Belange des Naturschutzes nicht in einem größeren Umfang realisiert werden konnte, ein Wadersloher Projekt bleiben sollte, so, wie wir uns das ursprünglich mal gewünscht haben. Positiv ist natürlich, dass wir mit dem Ertrag, der in der Wirtschaftlichkeitsberechnung prognostiziert wird, über den Finanzierungskosten liegen, so dass wir positive Einnahmen für den Haushalt erzielen werden.

Abschließend bleibt festzustellen, dass im Haushalt, wie in jedem Jahr, Risiken liegen, die halten wir jedoch für beherrschbar. Es ist ein Sparhaushalt, der aber auch viele positive Zeichen setzt, die weit in die Zukunft wirken werden. Insbesondere mit den Investitionen für Energie und die Sekundarschule werden wir unserer Verantwortung gerecht und unsere Gemeinde zukunftssicher aufstellen. Die Handschrift der CDU wird deutlich, folglich stimmen wir als Fraktion dem Haushalt sowie auch dem Stellenplan zu.

Bedanken möchte ich mich bei der Verwaltung mit dem Bürgermeister Christian Thegelkamp an der Spitze und dem Kämmerer Norbert Morfeld. Wir fanden immer ein offenes Ohr, Fragen wurden schnell geklärt, woran viele Mitarbeiter im Rathaus beteiligt waren.

Einbeziehen möchte ich auch die anderen Fraktionen. Auch, wenn wir uns nicht immer einig waren, meistens schon, wir standen im ständigen Dialog. Immer geleitet davon, dass wir das Beste für unsere Gemeinde mit den Ortsteilen Diestedde, Liesborn und Wadersloh, eben für unsere Bürgerinnen und Bürger, zu erreichen.

Bedanken möchte ich mich bei meiner Fraktion. Wir haben die anstehenden Themen, und in diesem Jahr waren es sehr gewichtige, intensiv vorbereitet und diskutiert. Wir haben uns als mit Abstand größte Fraktion viel Zeit genommen, um alle Argumentationen, Informationen auszutauschen zu bewerten und dann zu entscheiden. Ich bin sicher, dass das den Entscheidungsprozessen sehr geholfen hat. Herzlichen Dank dafür.

So, jetzt bleibt nur noch allen eine besinnliche Adventszeit, ein ruhiges Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr 2017 zu wünschen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

*Rudolf Luster-Haggeney
Fraktionsvorsitzender“*

Stellungnahme der SPD-Fraktion

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

der vorgelegte Haushaltsplan 2017 spiegelt die schwierige Situation wider, in der sich viele Kommunen – auch wir hier in Wadersloh – befinden.

Die CDU-geführte Bundesregierung mit ihrem Finanzminister beschließt nach wie vor Gesetzesvorlagen zu Lasten Dritter, die die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen weiter verschärfen. Alle befürworten die jetzt vorgelegte Sozialgesetzgebung, zum Beispiel das Bundesteilhabegesetz oder die anstehenden Änderungen im Unterhaltsvorschussgesetz. Alle wissen, dass diese Gesetze zu Kostensteigerungen führen, aber niemand will sie finanzieren. Somit muss jemand gefunden werden, der diese zusätzlichen Lasten aufbringt. Und diese undankbare Aufgabe fällt im Fall des Bundesteilhabegesetzes wieder einmal dem Landschaftsverband zu. Da dieser nicht über Kompensationsmöglichkeiten verfügt, gibt er sie als Umlage an die Kreise und kreisfreien Städte weiter. Deshalb ist es endlich an der Zeit, umzusteuern, um vom im Geld schwimmenden Bund stärkere Unterstützung zu bekommen.

Es kann doch nicht angehen, immer mehr Geld von den klammen Kommunen zu fordern, die jetzt schon ihre strukturellen Aufgaben nicht erfüllen können.

Dem Kreis ist es diesmal noch gelungen, durch Einsatz aller Reserven und der Auflösung von Teilen des Eigenkapitals eine Erhöhung des Hebesatzes zu vermeiden. Das ist gut, auch für Wadersloh, löst aber nicht die Probleme zukünftiger Jahre. Auch die Einigung in der vergangenen Woche zum neuen beschlossenen Finanzpakt zwischen Bund und Ländern wird an der dramatischen Situation in vielen Kommunen nichts ändern.

Der Handlungsspielraum der Landesregierung ist hier auch sehr eingeschränkt. Trotz allem wird das Land NRW für das Jahr 2017 die neue Rekordsumme von 10,64 Milliarden Euro an die Kommunen weiter reichen. Das sind 264 Millionen (= 2,54 %) mehr als im vergangenen Jahr. Und davon profitieren wir auch in Wadersloh. Der Bürgermeister hat in seiner Einbringungsrede vorgetragen, dass die Gemeinde im Jahr 2017 gut eine halbe Million höhere Schlüsselzuweisungen erhalten wird als im Vorjahr.

Und man muss doch mal feststellen: Ohne dieses Geld vom Land würden wir die 5%-Hürde des Fehlbetrages erreichen und in die Haushaltssicherung trudeln. Und was das für unseren kommunalpolitischen Handlungsspielraum heißt, brauche ich hier ja wohl keinem erzählen.

Soviel zu der Legendenbildung, die hier immer wieder von der CDU vorgetragen wird, die Landesregierung vernachlässige den ländlichen Raum. Nebenbei gibt es vom Land auch noch die Investitionskostenpauschale, Schulpauschale, Feuerschutzpauschale und Sportpauschale mit insgesamt ebenfalls rund 1,5 Mio. Euro.

Im Übrigen muss ja auch Ihnen bekannt sein, dass bisher alle Klagen gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz, denen sich ja auch Wadersloh angeschlossen hat, gescheitert sind.

Den weiteren Vorwurf, das Land lässt die Kommunen auf den Kosten der Flüchtlingsunterbringung, Integration und Unterkunft sitzen, sollte man trotz anstehender Wahlkämpfe äußerst sachlich betrachten. Fakt ist, dass nach der Verteilung des Königssteiner Schlüssels über 300.000 Flüchtlinge (= 21,2 %) der bundesweiten Gesamtaufnahmen in NRW unterzubringen sind. Von den 4,6 Mrd. Euro Kosten für NRW hat der Bund bisher lediglich 900 Mio. übernommen. 2,9 Mrd. sind in die Kommunen geflossen. 1,7 Mrd. wurden durch das Land für die Erstaufnahme bereitgestellt. Der Bund hat erst vor wenigen Tagen rückwirkend beschlossen, die Länder und Kommunen für die Jahre 2016 bis 2018 um 20 Mrd. zu entlasten und übernimmt für diese 3 Jahre komplett die Kosten für die Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen, sodass auch hier mit entsprechenden Nachzahlungen zu rechnen ist.

Ab 01.01.2017 wird nicht mehr im Nachgang abgerechnet, sondern es wird nach tatsächlichen Fallzahlen berechnet. 833 Euro pro Monat = 10.000 Euro im Jahr pro Flüchtling. Also festzuhalten bleibt: das Land lässt auch hier keinen hängen, sondern unterstützt die Kommunen im Rahmen seiner Möglichkeiten. Im Übrigen ist die Unterbringung, Integration, Sprachförderung eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land und Kommunen.

Wadersloh verändert sich!

Sichtbar innerörtlich durch die Bebauung Wenkerstraße/Kirchplatz im Ortsteil Wadersloh, aber auch durch die gute Vermarktung der Baugebiete in allen 3 Ortsteilen. Der von der SPD-Fraktion eingeforderte und dringend notwendige Mietwohnungsbau – bezahlbar für Jüngere, Familien und Senioren – kommt ebenfalls voran und durch die angedachte Vermarktung des von der Gemeinde erworbenen Grundstückes an der Benteler Straße wird es sicherlich in diesem Bereich zu einer spürbaren Entlastung kommen. Gemeinsam durch viele Projekte mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde ist es uns gelungen, die noch 2012 prognostizierte negative demografische Entwicklung zu stoppen. Wir sind jetzt in der Verpflichtung, die notwendige Infrastruktur zu schaffen, um Wadersloh zukunftssicher zu gestalten und in das nächste Jahrzehnt zu führen. Ein wesentlicher Meilenstein ist der Umbau und die Erweiterung des Sekundarschul-Standortes an der Winkelstraße. Hier werden wir 7 Mio. Euro in die Hand nehmen, um den Standort auszubauen und solide Rahmenbedingungen für Schüler und Lehrer zu schaffen. Wir dürfen hier allerdings das Kostencontrolling nicht aus den Augen verlieren und müssen Sorge tragen, dass wir bei diesem Großprojekt im Budget bleiben. Das Programm „Gute Schule NRW“ und die Zusage des Landes, in den nächsten 4 Jahren rund 630.000 Euro für den Schulstandort Wadersloh zur Verfügung zu stellen, hilft uns hier erheblich weiter. 2018/19 wird es darum gehen, eine Nachfolgeentscheidung für die Nutzung des Altgeländes der jetzigen Realschule zu treffen. Die SPD-Fraktion spricht sich schon jetzt für einen Architektenwettbewerb aus, um unter Ausschöpfung der verschiedenen Förderprogramme eine ansprechende, zukunftsorientierte Lösung zu finden.

Ein strittiges Thema des laufenden Jahres und auch des heutigen Tages ist die kommunale Beteiligung an Windkraftanlagen. Die Position der SPD-Fraktion habe ich ja gerade zum Thema Schmiesbach deutlich gemacht. Und ich sage hier nochmals in aller Deutlichkeit, dass wir gegen die Beteiligung der Gemeinde Wadersloh an der Schmiesbach Wind GmbH & Co. KG sind. Es ist der falsche Weg, als Gemeinde Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Auch bei einer möglichen Zustimmung meiner Fraktion zum Haushalt 2017 werden wir gegen die Beteiligung an einer rein kommerziellen Gesellschaft stimmen.

Ein weiteres Thema zur Energieversorgung ist der mögliche Rückkauf der Stromnetze – Rekommunalisierung. Hier sehen wir im Gegensatz zur Windkraft mehr Chancen als Risiken und erwarten Beteiligungsgewinne, die in den Haushalt einfließen und zur Konsolidierung beitragen können. Die in den Haushalt eingebrachten Maßnahmen für Kanal- und Straßenbau, Erneuerung des Lehrschwimmbekens, Heizung Grundschulverbund und Sanierung der Wilhelmstraße sind notwendige Infrastrukturmaßnahmen, die wir zum Teil zwar jetzt schieben, aber deren Notwendigkeit unstrittig ist.

Die vom Bürgermeister angedachte Erhöhung der Hebesätze – sprich Steuererhöhungen – wird von der SPD-Fraktion nicht mitgetragen. Uns ist die schwierige Finanzsituation der Gemeinde bekannt. Der Kreis hat jedoch entgegen allen Vorhersagen keine Erhöhung seiner Umlage durchgeführt. Sie sinkt sogar geringfügig im Gegensatz zum Vorjahr. Außerdem ist es gelungen, durch Einsparungen und Schieben von Kanal- und Tiefbaumaßnahmen erhebliche Mittel einzusparen. Der SPD-Fraktion sind die Risiken dieser Entscheidung wohl bekannt, aber sie sind für uns auch kalkulierbar. Wir müssen als Kommune ein verlässlicher Partner für die Bürgerinnen und Bürger bleiben und das erreicht man nicht, wenn man jedes Jahr an der Steuerschraube dreht. Mein Nachredner hier am Pult wird wieder sagen „Haben Sie den Mut, den Menschen die Wahrheit zu sagen“. Und der Bürgermeister spricht von Rückgrat zeigen.

Das machen wir! Aber es ist oftmals mutiger, einen Verwaltungsvorschlag abzulehnen und nach Alternativen zu suchen als nur abzunicken!

2017 wird eng, aber es wird – und das ist unsere feste Meinung – noch zu keiner Haushaltssicherung kommen. Für 2018 kennen wir noch keine validen Zahlen. Aber eins ist klar: Sollte sich das Finanztableau nicht verändern, wird es zu einer erneuten Steuererhöhungsdebatte kommen müssen. Auf der Ausgabenseite müssen wir allerdings schon jetzt überdenken, ob wir es uns noch erlauben können, an allen freiwilligen Ausgaben festzuhalten.

Nachbarkommunen haben gezeigt, dass es machbar ist, sich durch stringente Haushaltsführung zu konsolidieren, Investitionen zu tätigen und leistungsfähig gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu bleiben. Diesen Weg müssen wir auch finden.

Die SPD-Fraktion stimmt trotz der unterschiedlichen Position zur Schmiesbach Wind GmbH Co. KG dem Haushalt 2017 sowie dem Stellenplan zu und wünscht eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

*Bernd Marx
Fraktionsvorsitzender“*

Stellungnahme der FWG-Fraktion

*„Sehr geehrte Bürgerinnen, Bürger, Ratsmitglieder aller Fraktionen,
Herr Bürgermeister, Mitarbeiter der Verwaltung und interessierte Medienvertreter!*

Folgendes möchte ich vorab feststellen:

Die FWG Wadersloh steht weder jetzt noch in Zukunft für unnötige Steuererhöhungen!

Wir nehmen unsere Kontrollfunktion gegenüber der hauptamtlichen Verwaltung und dem Bürgermeister nach besten Kräften verantwortungsbewusst wahr. Wenn wir dann aber kritisch gefragt haben, warum wir immer weiter durch Mehrabgaben oder Minderzuweisungen durch den Bund, Land und Kreis belastet werden...

... dann bekamen wir folgende Erklärungen:

Die erlassenen Leistungsgesetze der amtierenden Bundesregierung (z.B. Leistungsgesetz für Menschen mit Behinderung, Bundesteilhabegesetz, Pflegestärkungsgesetz, Inklusionsvorschriften, Asylbewerberleistungsgesetz) werden zum Teil direkt an die Kommunen zur Umsetzung durchgereicht. Dadurch wird natürlich unsere Ausgabenseite um einen bedeutenden Faktor vergrößert.

Höhere Löhne in der Wirtschaft wurden durch Tarifvereinbarungen im öffentlichen Dienst nachvollzogen, und das hat sich auch auf die Personalkosten in unserem Haushalt ausgewirkt.

Die Kosten für neue Kita-Plätze sowie die Flüchtlings- und Integrationskosten muss man in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnen.

Nicht zu vergessen die Mehrbelastung bei der Kreis-/Landschaftsumlage, um nur einige Bereiche aufzuzählen.

Im Bereich der Kreisumlage in Verbindung mit der Landschaftsumlage ist man kurzfristig zurückgerudert. Dieses wird jetzt von der CDU und der SPD als Entlastungserfolg an die Bürgerinnen und Bürger verkauft.

Gerade der Steuererhöhung in 2015 im eigenen Haushalt der Gemeinde und weiteren guten Einnahmen bei der Gewerbe- und Einkommensteuer ist es zu verdanken, dass wir uns nicht schon jetzt in der Haushaltssicherung befinden!

Die Wirtschaft im Land läuft weiterhin gut, die Steuereinnahmen sprudeln. In dieser Lage wurde den Kommunen immer wieder Entlastung versprochen. Aber davon ist hier vor Ort kaum wirklich etwas zu spüren – wie kann das eigentlich sein?

In der Sitzung des Hauptausschusses vom 05.12.2016 haben sich CDU, SPD und FDP gegen eine aus unserer Sicht moderate Steuererhöhung im Haushaltsplanentwurf 2017 positioniert. Somit war, wie wir hier in Westfalen so schön sagen, die Messe gelesen.

Für uns ist diese Entscheidung immer noch nicht nachvollziehbar. In der Diskussion um die Steuererhöhung unterstützen wir auch weiterhin die Argumentation des Bürgermeisters. Eine Einsparung von Investitionen (gemäß CDU von 10 – 30 %) bringt keinen Erfolg.

Auch der Kämmerer hat für eine moderate Steuererhöhung geworben und dieses auch durch handfeste Zahlen belegt. Dabei stand immer im Hintergrund, dass in den beiden kommenden Jahren (insbesondere 2018) ein Fehlbetrag von 5 % unbedingt vermieden werden muss, um nicht in die Haushaltssicherung zu fallen, mit allen dann drohenden Konsequenzen.

Gravierende Einschränkungen bei den freiwilligen Leistungen der Gemeinde wären die Folge. Mit dem Ziel, später wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen.

Unser Eindruck ist, dass jetzt CDU/SPD/FDP hier im Rat nur Haushaltskosmetik betreiben, unter wahltaktischen Erwägungen vor den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen 2017!

Wir sind immer noch der festen Überzeugung: Was die Gemeinde an Aufgaben und Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger erbringt, hätte diese moderate Steuererhöhung gerechtfertigt.

Um es auf den Punkt zu bringen:

Sozialen Frieden und Standards, Freiheit und Sicherheit in unserem Land, gibt es nicht zum Nulltarif.

Finanzlage in der Gemeinde:

Ich erspare Ihnen jetzt die Auflistung von Einzelpositionen zum Haushalt 2017.

Es geht darin um Gesamtaufwendungen von etwa 25,8 Millionen Euro.

Die Kreisumlage steigt nicht so stark wie angekündigt, denn nach dem Kunstgriff mit der Verringerung der Landschaftsumlage, ich erwähnte es schon, beträgt sie immer noch 4,9 Millionen Euro, Tendenz steigend.

Das Ergebnis, nach Abschluss aller Beratungen und ohne Steuererhöhungen, ist ein Defizit von rund 900.000 Euro

Da unsere Ausgleichsrücklage aufgebraucht ist, muss unsere allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden.

Steuer- und Gebührensätze in der Gemeinde bleiben jetzt noch unverändert.

Beurteilung:

Die Haushaltssituation der Gemeinde wird sich ohne Herabsetzung der Standards, spürbare Entlastungen oder Steuererhöhungen auf lange Sicht nicht verbessern!

Worauf beruht die Haushaltsentscheidung der FWG – Fraktion?

Erstens:

Die Gemeinde muss in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben – einschließlich eines Mindestbestands an Leistungen - stetig zu erfüllen, wie die Gemeindeordnung es fordert.

Hierbei haben wir es uns nicht gerade leicht gemacht, Kürzungen und Verschiebungen im Haushaltsplanentwurf 2017 mitzutragen.

Sie sind aber jetzt erforderlich.

Zweitens:

Wichtige, aber auch hohe Investitionen von 2017 bis 2019 werden wir vornehmen, um zu modernisieren, damit wir den Anschluss in der Region nicht verlieren.

Einige Beispiele dazu:

- Umbau und Erweiterung des Gebäudes der Hauptschule, sowie des Außengeländes zur neuen Sekundarschule:
Mit diesem Großprojekt wollen wir den Schulstandort Wadersloh auf Jahre hinaus sichern. Dies ist eine zukunftsweisende Entscheidung im Bereich der Bildung für unsere Kinder mit positiver Auswirkung auf die gesamten Gemeinde.*
- Baugebiet Diestedde West: Der zweite Bauabschnitt ist in Planung.*
- Die Ausstattung der Feuerwehren wird auf dem neuesten Stand gehalten.*
- Die längst überfällige Instandsetzung des Lehrschwimmbekens in Liesborn wird umgesetzt.*
- Die Modernisierung des Klosterhofs in Liesborn geht weiter.*
- Die Baugebiete Lechtenweg und Kirchhusen werden sehr gut angenommen und weiter fertiggestellt. Es war eine richtige Entscheidung, hier neuen Wohnraum in unserer Gemeinde zu schaffen.*
- Aber auch der soziale Wohnungsbau wird umgesetzt – siehe Schulkamp.*

Drittens:

Zentraler Punkt der FWG-Fraktion ist es, neue Einnahmequellen für die Gemeinde zu schaffen.

Ziel der FWG ist es, durch umweltschonende Energieerzeugung möglichst viel des ortseigenen Energiebedarfes zu erzeugen und nach Möglichkeit das überörtliche Netz mit umweltschonend erzeugter Energie zu beliefern.

Diesen Eckpunkten sind wir ein großes Stück näher gekommen, und zwar...

- durch unsere Netzpolitik,*
- durch Förderung des „Vereins für umweltfreundliche Energie Wadersloh“,*
- durch den Erfolg der „Wadersloh Energie“,*
- durch eine Beteiligung an der künftigen „Wadersloh Netz GmbH & Co. KG“*
- sowie durch das Windenergieprojekt „Am Zentralkläwerk“*
- und das „Bürgerwindparkprojekt (Schmiesbach)“.*

Die damit zusammenhängenden Investitionen sind zukunftsweisend, um steuerunabhängige Einnahmequellen zu generieren, so dass auch langfristig aus diesen Einnahmen soziale und kulturelle Projekte in unserer Gemeinde unterstützt werden können.

Hier handelt es sich im Übrigen um Projekte, die die FWG – seit Jahrzehnten – vertritt und mit der wir uns anfangs nicht gerade beliebt gemacht haben, um es vorsichtig auszudrücken. Umso schöner ist es, dass nun die anderen Fraktionen sich unseren Positionen angenähert haben. So wurden finanzträchtige, aber für die Zukunft der Gemeinde wichtige, Beschlüsse meistens einstimmig gefasst.

Auch die auf Initiative des Bürgermeisters gegründete „Wadersloher Bürgerstiftung“, in der engagierte Bürger sich finanziell eingebracht haben, wird ihren Teil zur Finanzierung freiwilliger Leistungen beitragen.

Kommen wir nun von den Finanzen zu einem ganz anderen Thema, das die Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger das ganze Jahr über beschäftigt hat:

Die Flüchtlingshilfe in der Gemeinde:

Die Flüchtlingssituation hat sich bei uns in der Gemeinde etwas entspannt. Dennoch hat die Verwaltung diese Mehrarbeit immer noch zu leisten.

Die Verteilung der Finanzmittel für Flüchtlinge, durch die zuständigen Behörden des Landes NRW, ist zu unseren Ungunsten vorgenommen worden, das muss man hier zum wiederholten Mal ansprechen.

Nur der umsichtigen Arbeitsweise unserer Verwaltung ist es zu verdanken, dass hier kein größeres Finanzloch entstanden ist.

Eine Begegnungsstätte für Flüchtlinge und Bürger wurde in Diestedde eingerichtet.

Sehr lobend ist zu erwähnen, mit welcher Ausdauer sich viele Bürger um die Flüchtlinge weiterhin kümmern. Wir stehen auch weiterhin für eine gute Willkommenskultur, Unterbringung und Betreuung in unserer Gemeinde.

Aber Achtung:

Wir dürfen die Leistung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer nicht für selbstverständlich halten und überstrapazieren. Wenn sich, nach einer längeren Betreuung, Ermüdung, Ernüchterung und auch vielleicht Frustration breit machen, ist das auch zu akzeptieren.

Deshalb unser dringender Appell an alle Verantwortlichen auf höchster Ebene, wir hoffen, sie haben einen Plan B um das aufzufangen.

Entscheidung:

Leider haben unsere Hinweise und Argumente keine Unterstützung und Mehrheit gefunden, eine moderate Steuererhöhung zu beschließen.

Dennoch stimmen wir als FWG-Fraktion wegen der zukunftsweisenden Investitionen dem Haushaltsplan 2017 und dem Stellenplan zu.

Zum Abschluss:

Wir möchten uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern für ihr ehrenamtliches Engagement bedanken. Vieles wäre ohne ihr persönliches Dazutun in Vereinen, Kinder- und Altenbetreuung, Feuerwehr, DRK, Team der Flüchtlingshilfe und vielen anderen Einrichtungen nicht möglich.

Ein besonderer Dank geht an die Arbeitgeber, die ihre Beschäftigten für Einsätze im Rettungsdienst/Feuerwehr und Katastrophenschutz freistellen.

Dank geht an den Bürgermeister und alle Mitarbeiter der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Die FWG-Fraktion wird auch weiterhin intensiv und aktiv mitarbeiten, dass die Gemeinde Wadersloh sich zukunftsorientiert entwickelt, so dass sich alle Einwohner weiter hier wohlfühlen werden.

Jetzt wünschen wir Ihnen allen ein besinnliches Weihnachtsfest, Gesundheit und ein friedliches Jahr 2017!

*Heino Teckentrup
Fraktionsvorsitzender“*

Stellungnahme der FDP-Fraktion

*„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Damen und Herren des Rates und der Verwaltung.*

Das Motto: Gutes sichern, Neues wagen“ sind Leitlinien des Rates, der Verwaltung und der Bürger von Wadersloh.

Hierbei ist festzustellen, dass die Gemeinde unter der Regie von Bürgermeister Christian Thegelkamp die in 2015/2016 gesteckten Etappenziele zur Verbesserung und zum Ausbau der vielschichtigen Strukturen wiederum weitgehendst in allen Ortsteilen umgesetzt hat. Sichtbar im Kernbereich, im Wohnumfeld, in den Gewerbegebieten sowie im ländlich geprägten Außenbezirk.

Die 1. Jahresfinanzrechnung 2016 deutet ebenfalls ein verbessertes Ergebnis an.

In diese vorgenannte von uns und vom Bürgermeister in seiner Rückschau wahrnehmbare positive Bewertung traf die Besteuerungsbotschaft den Rat unerwartet und unvorbereitet.

Die FDP hat das Zahlenwerk eingehend geprüft und diskutiert.

Wir sind mehrheitlich der Auffassung, dass bei einer Gesamtbewertung des Entwurfes 2017 die Dringlichkeit zu einer erneuten Erhöhung der Gemeindesteuern, zuletzt im Vorjahr mit unserer Zustimmung, nicht nachvollziehbar und daher auszusetzen ist.

Begründung:

Die vorgegebenen fiktiven Hebesätze aus dem GFG des Landes sind gesetzlicher Maßstab und werden eingehalten. Die Sorge zu einem eingreifenden Haushaltssicherungs-Verfahren ist aktuell zunächst nicht gegeben bzw. uns erst nachzuweisen. Ein Fehlverhalten der stetigen Unterfinanzierung unserer Gemeinde liegt nicht in der Verantwortung ihrer Bürger, der gewerblich mittelständischen Steuerzahler, des Bürgermeisters oder des Kämmers.

Hier ist die Politik der noch Rot-Grünen Landesregierung gefordert.

Sie ist verantwortlich für die Destabilisierung der finanziellen Ausstattung und Entwicklung der Kommunen im ländlichen Raum. Ein leistungsgerechter Verbleib der Einkommens-, Gemeinde-, sowie der Gewerbesteuern ist nach wie vor nicht zu erkennen. Zuweisungen aus dem deutlich gestiegenen Steueraufkommen des Bundes werden in der Landeskasse verwaltet und blockiert. Auf die zeitnahe Weiterleitung uns zustehender Erstattungen wartet der Kämmerer bis heute dringend.

Wir in Wadersloh haben in der Vergangenheit durchweg eine pflichtgemäße Anpassung der Vorgaben aus dem Gemeindefinanzierungs-Gesetz NRW vollzogen.

Ergebnis; belegbar sinkende Schlüsselzuweisungen über Jahre waren die Folge. Alle betroffenen Gemeinden müssen daher den Druck einer sich abzeichnenden Handlungsunfähigkeit frühzeitig und stetig darstellen. Weiterleiten an den Kreis, zur Bezirksregierung und an den Landesfinanzminister dem Verfasser des GFG.

Dort werden zudem Gesetze und Verordnungen geschrieben, detailgenaue Regulierungen erlassen. Eigenverantwortliche, rechtssichere finanzielle Freiräume weiter reduziert.

Unrealistisch für Mensch, Tier und Umwelt, kaum noch nahvollziehbar. Erklären, umsetzen und bezahlen sollen es die Kommunen, der Steuerzahler. Die leistungsorientierte Solidargemeinschaft der Bürger wird diese zunehmend überregulierte Gratwanderung dauerhaft nicht mitgehen können, nicht verstehen, aber andere Wege, auch abwegige zur Mitbestimmung suchen und finden.

Wir, die FDP, halten in Zeiten geschichtlich niedriger und langfristig festgeschriebener Zinsen eine höhere Verschuldung zur Finanzierung nachhaltiger Investitionen sinnvoller, als die Steuerbelastung für die Grundstückseigentümer, die mittelständischen Betriebe und die Landwirtschaft zu erhöhen.

Diese eigene grundlegende Einnahmequelle zu verbessern, um Fehlbeträge auszugleichen, wurde zurückblickend über erhöhte Belastungen bei den Transferaufwendungen bzw. Umlageerhebungen vom Land und Kreis bisher nicht belohnt. Zweidrittel der verfügbaren Mittel müssen wieder abgeführt werden.

Daher empfehlen wir im jetzigen Zeitfenster das Angebot des Kapitalmarktes zu nutzen. Schulden werden wertvoller.

Wir investieren in kreditfinanzierte öffentliche Strukturen, Wohn- und gewerbliche Arbeitsplätze, in Sachanlagenvermögen für Erziehung, Bildung, Soziales, Kultur, Sport und Integration. Das sind u.a. die Ansprüche sowie Anliegen der Bürger für mehr Lebensqualität vor ihrer eigenen Haustür. Diese gilt es stabil zu halten bzw. generationsübergreifend zu modernisieren.

Die Praxis der berechenbaren Fremdfinanzierung ist übrigens keine Erfindung der Städte- und Kommunen. Selbst die Unternehmen des industriellen und handwerklichen Gewerbes, Dienstleistung, Eigenheim- und Mietwohnungsbauer, wie die privaten Konsumenten nutzen diese bewährte Chance. Damit gestalten sie den eigenen Lebensweg und sichern die Existenz der abhängig Beschäftigten. Unsere Banken und Kassen leisten hier ebenfalls ihren positiven Beitrag über zinsgünstige Kredite. Die hier in die Gemeindekasse zurückfließenden Steuern und Gewinnausschüttungen sowie die jährlichen Spenden sind ein weiterer Gewinn für unsere Bürgergemeinschaft.

Schulden werden im derzeitigen Zinstief durch Schaffung und Ausbau von strategischen Handlungsfeldern auch für Kommunen attraktiver.

Langfristig sichere Erträge aus Synergieeffekten unserer Energie- und Umweltbeteiligungen führen bei gleichzeitiger Tilgung der Darlehnslasten in allen Bereichen zu Vermögen aufbauenden Werten.

Auch vor diesem Hintergrund der Mitverantwortung einer abgesicherten Haushaltsführung haben Politik und Verwaltung in der Vergangenheit für eine Zustimmung bei durchaus verständlich kritischer Beurteilung zu Energie aus Wind geworben.

*Die FDP-Fraktion hat erkannt, dass die Maßgabe:
Beibehaltung der z.Zt. geltenden Steuermesszahlen vordergründig zunächst negativ in die vorliegende Haushaltrechnung eingreift.*

*Wir wissen allerdings auch, belegbar aus den Vorjahren:
Eingebaute vorsichtige Schätzungen, Einsparungen, vertretbare Verschiebungen von Maßnahmen aber auch unvorhergesehene Zuweisungen haben stets die realen Jahresergebnisse positiv entlastend beeinflusst. So wird es auch 2017 sein!*

Dazu tragen bereits die in den Vorberatungen der Fachausschüsse angeregten Reduzierungen wie Verschiebungen bei. Beispielsweise ist die derzeitige Vorhaltung an Gewerbegrundstücken in Wadersloh und Liesborn mittelfristig ausreichend gegeben. Dringlichkeitsprüfungen unter anderem bei Sachkosten, Gebäudeunterhaltung und Sanierung wie eine defensive Neuausstattung im IT-Bereich beinhalten Sparpotentiale. Diese auszugsweise genannte Richtschnur wird die FDP mittragen.

Wir stehen indes auch bereit bei fundamental negativ gegebenen Engpässen mit notwendig ausgleichenden Maßnahmen die Lebensqualität für die Menschen in Wadersloh zu halten und zukunftsfest auszubauen.

Der Bereich Abfall- und Abwassergebühren bleibt im kommenden Jahr konstant auf niedrigem Niveau. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob sich, auf Grund der neu zu installierenden Digitalfunktechnik am Klärwerk, zukünftig die angedeutete Kostenreduzierung des Bürgermeisters bei der Bewirtschaftung abzeichnet. Die Investition von 80.000,00 € ist dahingehend bei bereits vorhandener Unterdeckung in diesem Produkt schon zu hinterfragen.

Unsere Fraktion ist abschließend der Meinung und festen Überzeugung:

*Der Aktionsrahmen zur Haushaltssicherung wird kleiner.
Dem Bürgermeister Christian Thegelkamp und dem Kämmerer Norbert Morfeld wird es trotz aller Widrigkeiten mit dem stets vorhandenen Augenmaß sowie dem notwendigen Geschick zusammen mit Rat und Fachausschüssen gelingen, einen Haushaltsplan ohne Steuererhöhungen für 2017 bei Einhaltung der Defizithürde von 2 x 5% auszuweisen und umzusetzen.*

Deshalb lehnen wir den vorgelegten Entwurf in dieser Form ab.

Die in der Hauptausschusssitzung vom 5. Dezember gefassten Beschlüsse mit den zurückgenommenen Steuererhöhungen und eingebrachten Entlastungen wird die FDP mittragen und zustimmen.

Der Stellenplan wird positiv bewertet.

Die Weihnachtsgrüße der Liberalen gehen heute an alle hier im Rathaus, zum Bauhof und an die Presse, wie auch an die für die Gemeinde ehrenamtlich in vielen Bereichen aktiv helfenden Frauen und Männer.

Dazu wünschen wir Frieden, Gesundheit, Glück und Erfolg für das kommende Jahr 2017.

*Wilhelm Weinekötter
Fraktionsvorsitzender“*

18.1 Haushaltssatzung 2017

BM Thegelkamp teilte mit, dass er der Haushaltssatzung 2017 ebenfalls zustimmen werde, obwohl die von ihm geforderte Steuererhöhung nicht im Haushaltsplan verankert sei. Er trage jedoch den Haushalt mit, da die Potentiale, die dort enthalten seien, größer seien, als jene Positionen, die nicht berücksichtigt worden seien. Nun sei es Aufgabe der Verwaltung dafür zu sorgen, dass der Haushalt auch halten werde. Aber bei unerwarteten Widrigkeiten sei auch die Verwaltung machtlos. Diesen Hinweis bat er intensiv zur Kenntnis zu nehmen. Vor allem, wenn im Haushaltsjahr 2017 finanzielle Probleme auftauchen würden, solle man sich bitte daran erinnern.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2017 wird in der nachstehend erarbeiteten Form erlassen.

Haushaltssatzung

der Gemeinde Wadersloh
für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zzt. geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Wadersloh mit Beschluss vom 19.12.2016 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit dem	
Gesamtbetrag der Erträge auf	25.002.669 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	25.892.995 €
im Finanzplan mit dem	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	21.371.405 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	22.878.757 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	3.612.450 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	7.898.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	4.280.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	170.250 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf	4.280.000 €
festgesetzt.	

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt. 4.157.000 €

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf festgesetzt. 890.326 €

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf festgesetzt. 4.000.000 €

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2017 wie folgt festgesetzt:

- 1. Grundsteuer
- 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 234 v.H.
- 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 465 v.H.
- 2. Gewerbesteuer auf 428 v.H.

§ 7

entfällt

§ 8

Erträge und Aufwendungen sowie Ein- und Auszahlungen werden produktweise zu folgenden Budgets zusammengefasst:

<u>Budget Stabsstelle</u>	01.01.01, 01.01.02, 01.06.01, 01.06.02, 04.01.01, 15.01.01 15.01.02, 15.01.03
<u>Budget Gleichstellung</u>	01.02.01
<u>Budget Personalrat</u>	01.03.01
<u>Budget: Schule, Sport, etc.</u>	01.05.01, 01.07.01, 01.09.01, 03.01.01, 03.01.02, 03.01.03, 03.01.04, 03.01.05, 03.01.06, 03.01.07, 03.01.08, 04.01.02, 04.01.03, 08.01.01, 08.02.01, 12.02.01
<u>Budget: Kinder, Jugend, etc.</u>	05.01.01, 05.01.02, 05.01.03, 05.02.01, 05.03.01, 06.01.02, 06.02.01, 06.02.02, 06.03.01
<u>Budget: Bürgerservice, etc.</u>	02.01.01, 02.02.01, 02.03.01, 02.04.01, 02.05.01, 02.06.01, 02.07.01
<u>Budget: Finanzen, Steuern, etc.</u>	01.04.01, 01.08.01, 01.08.02, 01.08.03, 01.08.04, 16.01.01

<u>Budget: Bauen, Denkmal, etc.</u>	09.01.01, 10.01.01, 10.02.01, 10.03.01
<u>Budget: Kanalisation, etc.</u>	11.01.01, 11.02.02, 11.02.03, 11.02.04, 12.01.01, 12.03.01, 13.01.01, 13.01.02, 13.02.01, 14.01.01
<u>Budget: Gebäude, Grundstücke</u>	01.10.01, 01.10.02, 01.10.03, 01.10.05, 01.10.06, 08.01.02, 08.01.03
<u>Budget: Bauhof</u>	01.05.02

Personalaufwendungen und –auszahlungen sowie alle zahlungsunwirksamen Erträge und Aufwendungen sind von der Budgetierung ausgeschlossen.

Alle übrigen Positionen eines Budgets sind gegenseitig deckungsfähig. Mehrerträge berechtigen zu Mehraufwendungen. Mindererträge verringern die Aufwandsermächtigungen. Das Gleiche gilt für die Ein- und Auszahlungen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

18.2 Stellenplan

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Der Stellenplan 2017 wird in der erarbeiteten Fassung beschlossen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

BM Thegelkamp bedankte sich bei den Fraktionen, die sich die Entscheidungen nicht einfach gemacht hätten.

19 Anfragen der Ratsmitglieder

Anfragen lagen nicht vor.

20 Berichte der Ausschüsse

20.1 Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaft Nr. 9 am 07.11.2016

20.2 Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales Nr. 12 am 10.11.2016

20.3 Bau-, Planungs- und Strukturausschuss Nr. 16 am 15.11.2016

20.4 Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Nr. 12 am 21.11.2016

20.5 Hauptausschuss Nr. 13 am 05.12.2016

Fragen zu den Punkten 20.1 bis 20.5 wurden nicht gestellt.

21 Verschiedenes

21.1 Sparkassen-Münsterland-Giro

BM Thegelkamp teilte mit, dass der Sparkassen-Münsterland-Giro, mittlerweile das drittgrößte Radrennen Deutschlands, am 3. Oktober 2017 stattfindet. Gestartet werde das Rennen in Wadersloh.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

21.2 Verschuldungspositionen

RM Grothues bat darum, zukünftig im Haushaltsplan die verschiedenen Verschuldungspositionen darzustellen, unterteilt in Kredite, die aus dem Haushalt zu finanzieren seien und in jene Kredite, bei der die Rückflüsse über die Beteiligungen generiert würden. Die Verwaltung werde dies in geeigneter Weise umsetzen, so BM Thegelkamp.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird die Verschuldungspositionen darstellen.

21.3 Dank

BM Thegelkamp dankte für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr und wünschte allen frohe Weihnachten, eine gute gemeinsame Zeit mit der Familie und die Erhaltung der Gesundheit für das kommende Jahr.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Endes des öffentlichen Teils: 19:28 Uhr

Christian Thegelkamp
Bürgermeister

Angelika König
Schriftführerin